

Antrag auf einen Tagesordnungspunkt

(§ 43 Abs. 3 S. 1 KVG LSA i.V.m. § 3 Abs. 2 Geschäftsordnung)

Antragsteller: Hartmut Stahl - Fraktion "IG BfK"	für Gremium <input type="checkbox"/> Stadtrat <input type="checkbox"/> Hauptausschuss <input type="checkbox"/> Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss <input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und digitale Infrastruktur <input type="checkbox"/> Sozial- und Kulturausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Rechnungsprüfungsausschuss <input type="checkbox"/> Heimausschuss
Datum: 02.11.2020	
Hinweis: Einreichungsfrist 14 Tage vor der Sitzung	

Betreff des Tagesordnungspunktes:

Sachstandsbericht zu § 2b UStG

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung berichtet über den aktuellen Sachstand zu den Auswirkungen (Anpassungs-
erfordernisse, Umstellungsaufwände, Haushaltseffekte) des § 2b UStG i. V. m. der Streichung
des § 2 Abs. 3 UStG.

ggfs. gesetzliche Grundlagen:

§ 2b UStG

Haushaltsmittel:

erforderlich:

☐ Ja ☒ Nein

Höhe (geschätzt):

Deckungsvorschlag:

Begründung / Darlegung des Sachverhaltes:

Mit der Beschlussvorlage Nr. 2020104/2 hat der Stadtrat in der Sitzung am 24. September 2020 beschlossen, die Verlängerung der Optionszeitraumes gemäß § 27 Abs. 22a UStG in Anspruch zu nehmen.

Zur Sitzung des Stadtrates am 24. November 2016 hat die Verwaltung mit der Beschlussvorlage Nr. 2016139/2 zur erstmaligen Inanspruchnahme der Optierung die folgenden Ausführungen gegeben:

"Innerhalb des Übergangszeitraums wird die Verwaltung, anhand des Haushaltsplanjahres 2017 untersuchen, welche rechtlichen oder organisatorischen Gestaltungsmöglichkeiten mit Anwendung der Neuregelung verbunden sind. Insbesondere ist zu betrachten, welche Maßnahmen zur Vermeidung zusätzlicher Haushaltsbelastungen ergriffen werden müssen. Weiterhin wird die Verwaltung die organisatorisch und personell notwendigen Maßnahmen, welche sich aus der Neuregelung ergeben, untersuchen."

Auf Basis der aktuellen Kenntnisse (inkl. des Prozesses zur Umstellung des Rechnungswesen auf die Doppik) ist der gegenwärtige Sach- und Arbeitsstand darzulegen und durch regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss fortzuschreiben.